

BLS liefert sich Machtkampf mit der Aufsicht

Die BLS verweigert der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats vollständigen Einblick in Dokumente zur Subventionsaffäre. Das will sich diese von der Berner Staatsbahn nicht gefallen lassen.

Christoph Aebischer, der Bund.

Publiziert: 15.01.2021, 18:41

Die BLS betreibt die Berner S-Bahn und gehört zu 56 Prozent dem Kanton Bern.

Foto: Keystone

Von «Diktat» und «sehr spezieller» Auffassung eines Unternehmens in Staatsbesitz redet Peter Siegenthaler (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Ja, man sei verärgert über die BLS, ergänzt der Grossrat. Der Grund ist die Weigerung des Berner Bahnunternehmens, einen vom BLS-Verwaltungsrat in Auftrag gegebenen Bericht über die Subventionsaffäre der GPK auszuhändigen.

Im Frühjahr habe der damalige und mittlerweile zurückgetretene Verwaltungsratspräsident Rudolf Stämpfli dies noch versprochen. Nun bestehe die BLS darauf, dass die GPK den Bericht an einem externen Ort unter Aufsicht und nur mit geschwärzten Passagen anschauen dürfe.

«Wir sind verärgert über die BLS.»

Peter Siegenthaler, Präsident der Geschäftsprüfungskommission

Regierungsrat stützt BLS

Auch andere Organe, die wissen wollen, wie es zu den überhöhten Subventionsbezügen kam – die Rede ist von über 90 Millionen Franken -, machten diese Erfahrung mit der BLS. [Sowohl das Bundesamt für Verkehr \(BAV\) wie die Berner Regierung konnten bloss zensierte Unterlagen einsehen.](#) Abgelehnt hat dieses Angebot die kantonale Finanzkontrolle. Auf Nachfrage präzisiert sie, man werde den Bericht erst beurteilen, wenn dieser unzensiert und bedingungslos dem Kanton zur Verfügung stehe. Die GPK schliesst sich dieser Haltung «einstimmig» an, wie Siegenthaler betont.

Am Freitag gelangte die Kommission darum öffentlich an die Berner Regierung, sie solle die BLS zur Herausgabe des vollständigen Berichts drängen. Der zuständige Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) winkt ab. Er lässt ausrichten, man sei zur Überzeugung gelangt, dass die Schwärzungen zum Schutz von Persönlichkeitsrechten angebracht seien. Dies insbesondere, seit das BAV Strafanzeige gegen die BLS eingereicht habe.

Die BLS verweist gegenüber dem «Bund» ebenfalls auf den Schutz von Persönlichkeitsrechten. Zudem könne auch so aufgeklärt werden, wie die zu hohen Abgeltungen bei Halbtax- und Libero-Abonnements zustande gekommen seien.

Führung: Mangelhaft

Für GPK-Präsident Siegenthaler geht es mittlerweile um mehr: «Wenn wir das durchgehen lassen, wird die BLS auch beim nächsten Mal mit dem Aufsichtsorgan des Kantons so umspringen.» Nebst der Subventionsaffäre untersucht die GPK den Blausee-Skandal, bei dem mutmasslich verschmutzte Abfälle aus dem Lötschberg-Scheiteltunnel zu einem Fischsterben geführt haben. Wann die Untersuchungen abgeschlossen sein werden, kann Siegenthaler nicht sagen.

Unzufrieden ist die GPK auch, wie der Kanton seine Rolle als Mehrheitsaktionär ausübt. Laut Siegenthaler hat sie darum bei Markus Müller, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, ein Gutachten bestellt. Müller hat sich in der Vergangenheit mehrfach kritisch zur Führung staatlicher Unternehmen geäußert.

Ein Vermittlungsangebot macht Regierungsrat Neuhaus der GPK dennoch: «Der Regierungsrat ist bereit, mit den Beteiligten die Unstimmigkeiten gemeinsam zu erörtern und eine gute Lösung zu suchen», schreibt er.

Siegenthaler macht sich nicht allzu grosse Hoffnungen. Für die GPK hat sich die Regierung dem Diktat der BLS gebeugt. «Das entspricht nicht unserer Vorstellung, wie ein Mehrheitseigner seine Rolle wahrnehmen sollte.» Die Angelegenheit habe sich zu einem Machtkampf zwischen Aufsichtsbehörden und BLS entwickelt, bedauert er.

Dranbleiben will auch die Finanzkontrolle. Für sie genügt der Bericht sowieso nicht zur Aufklärung der Subventionsaffäre. Denn er beleuchte nur einen Teilaspekt und sei nicht unabhängig. Man erwarte deshalb vom Regierungsrat, dass dieser bei der BLS eine unabhängige Untersuchung sämtlicher Vorfälle in Auftrag gebe. Das Verhalten und die Verantwortung des BLS-Verwaltungsrats sei dabei auch einzubeziehen.

Derweil prüft das BAV, wie es mit der Strafanzeige weitergehen soll. Vor Weihnachten erklärte sich die Berner Staatsanwaltschaft für nicht zuständig. An der BLS-Spitze ist es bereits zu mehreren Wechseln gekommen. Zuerst trat CEO Bernard Guillelmon zurück, dann Verwaltungsratspräsident Stämpfli – Letzterer laut BLS aus gesundheitlichen Gründen. Der neue Chef ist noch nicht bestimmt, Stämpflis Amt hat Vizepräsident Ueli Dietiker übernommen.